

Berlin, 23. März 2021

Terminvorbereitung

AL VI

a.d.D.

Betr.:

**Gespräch zur Verlagsförderung
mit BVDA, BDZV, VDZ und VDL**

Ort:

WebEx

Für den Termin am: 24.03.2021 von 16.00-17.00 h

Abzeichnungsliste

AL

UAL

Brö, VIA
23.03.21

Referatsinformationen

Referats-
leiter/in

MinR Dr. Jungbluth
(-7290)Ju, VIA3
23.03.21

Bearbei-
ter/in

RR Dr. Albers
(-6456)

Mitzeich-
nung

Referat
und AZ

VIA3-60209-001-
02#001

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre haben Abdruck erhalten.

Teilnehmer/innen

	VDZ <i>Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V.</i>
	VDZ
	BDZV <i>Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger e.V.</i>
	VDL <i>Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V.</i>
	BVDA <i>Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter e.V.</i>
	BVDA

BMWi: MinR Dr. Jungbluth, RD , RR

Aktueller Sachstand (intern):

- **Entwurf der Förderrichtlinie liegt BMF und BRH seit 19.2. vor.**
BRH hat einer Bitte des Haushaltsausschusses folgend einen Beratungsbericht für Mai angekündigt. Entwurf geht uns in der 14. KW (ab 6. April) zu.
- Soweit **Änderungsbedarfe** offenbar werden, **sollen** diese (soweit möglich) **unmittelbar eingearbeitet** und die **Richtlinie sodann bei der Europäischen Kommission förmlich notifiziert** werden.
- Das **BAFA** ist **als administrierende Stelle beauftragt**; erste Gesprächsrunde mit dortigem Aufbaustab hat stattgefunden. Stehen im Austausch mit BAFA zu **von BDZV und BVDA in der vergangenen Woche übermittelten Fragenkatalogen**.
- Wir hatten die Verbände **zuletzt mit unserem Info-Schreiben vom 01.03.2021 über die Planungen ins Bild gesetzt** und die Förderrichtlinie skizziert, ohne diese aber herauszugeben.

Anlass/Rahmen:

Der **BDZV** hatte mit Schreiben an BM v. 15.03.2021 (und nachfolgender PM) deutlich gemacht, dass dort Gesprächsbedarf gesehen wird und man **mit dem jetzigen Stand der geplanten Förderung unzufrieden** ist („erforderliche Praktikabilität der geplanten Förderrichtlinie nicht gegeben“) (**HINWEIS:** *BDZV wünscht sich seit jeher ohnehin eine „direkte Förderung der flächendeckenden physischen Abo-Zustellung“, die der HH-Titel allerdings nicht hergibt.*)

Der **BVDA** versucht auf verschiedenen Kanälen, die geplante Verlagsförderung **kurzfristig um eine „Corona-Soforthilfe“ zu ergänzen** und hat angefragt, ob eine **„Umwidmung“** im laufenden HH-Jahr **möglich** sei. Hierzu haben wir die Linie vertreten, dass dies eine **Frage für den HH-Gesetzgeber** (Nachtragshaushalt 2021) sei. Der **BVDA** hatte darüber hinaus mehrfach die Aufnahme der Druck- und Verteilkosten in den Katalog der förderfähigen Kosten der **Überbrückungshilfe III** gefordert. BMWi (Abt. VII) hat dazu stets mitgeteilt, dass die **Aufnahme dieser Kosten nicht vorgesehen** ist, weil diese Hilfe grundsätzlich nur Kosten berücksichtigt, die in gleicher Höhe weiterlaufen, obwohl die dahinterstehende Leistung nicht erbracht bzw. (im üblichen Umfang) betriebswirtschaftlich genutzt werden kann. Dies trifft auf Produktions- und Zustellkosten von *tatsächlich hergestellten* und anschließend *tatsächlich verteilten* Wochenzeitungen/Anzeigenblättern indes nicht zu. Insgesamt sind die **Anzeigenblätter wirtschaftlich am stärksten von der Corona-Pandemie betroffen**.

Folgende Themen wurden angemeldet / sind zu erwarten:

1. **Fristenabfolge** in der Praxis **unrealistisch**
2. **Eigenleistungen** und Leistungen von **Tochterunternehmen** nicht förderfähig, obwohl viele Verlage in den letzten Jahren bereits intensiv in eigene oder **gemeinschaftliche Unternehmen oder eigene Einheiten** für die Entwicklung von digitalen Produkten und IT-Dienstleistungen investiert haben
3. **Wer ist Antragsteller** (Verlag/Verlagsgruppe)? // **Können** die Mittel bei **Medienhäusern mit Anzeigenblättern und Tageszeitungen** für **konzernübergreifende Projekte genutzt werden oder** ist die **Verwendung** der auflagenbezogenen Mittel **jeweils gattungsbezogen**?
4. **Weitere Einzelfragen** (übermittelte Fragenkataloge BDZV/BVDA)

Gesprächsziele und Interessenlage

Verständnis für Kritik der Verbände an dem geplanten Förderprojekt zeigen.

- **Verbände** halten Förderrichtlinie – soweit ihnen bisher bekannt – für nicht praktikabel (insbes. BDZV und BVDA).
- **Wir** wollen kein Programm, das in der Branche nicht akzeptiert wird.
- **Wir** können uns allerdings nur innerhalb der Grenzen bewegen, die uns HH-Gesetzgeber, Haushaltsrecht und die Regeln der praktischen Umsetzbarkeit vorgeben.
- **Wir verstehen** die Fristenproblematik; können aus HH-Gründen aber daran nichts ändern.
- Thema **Beauftragung** von **Tochterunternehmen/verbundenen Unternehmen** als Dienstleister **prüfen wir**.
- Reine **Eigenleistungen können** aus Praktikabilitätsgründen **nicht gefördert werden**.

Fristenabfolge in der Praxis unrealistisch

BDZV schrieb am 15.03.2021 an BM:

*„Die Förderrichtlinie ist nach unserem Kenntnisstand so nicht umsetzbar. Das gesamte Fördergeld soll nach der Vorstellung des BMWi noch in diesem Jahr abgerufen werden. Die Förderanträge können erst ab Juni gestellt werden, mit einer dreimonatigen Antragsfrist. Der Umsetzungszeitraum für die jeweils beantragten Projekte beträgt 6 Monate. **Diese Fristenabfolge ist in der Praxis absolut unrealistisch.**“*

BVDA fragt in seinem Katalog vom 19.03.2021:

*„Steht jedem Verlag nach Bewilligung ein Projektzeitraum von mindestens 6 Monaten zu, auch wenn sich dieser bis ins Jahr 2022 zieht? Oder müssen die Projekte in 2021 abgeschlossen werden? Wenn erst mit Veröffentlichung der Förderrichtlinie an den Anträgen gearbeitet werden kann, werden diese vermutlich erst am Ende der Antragsfrist eingereicht werden können. **Wenn der Projektzeitraum in 2021 abgeschlossen sein muss, bleiben den Verlagen dann womöglich nur noch 3 Monate oder weniger für die Umsetzung des Projektes inklusive Erfolgskontrolle. Das wäre nicht akzeptabel oder realistisch.**“*

- Wir verstehen die Fristenproblematik.
- Wir können aus HH-Gründen aber nichts anderes machen.
- 180 Mio. Euro Barmittel stehen nur für 2021 zur Verfügung; für 2022 können wir uns lediglich i.H.v. 20 Mio. Euro verpflichten.
- Haushalt 2022 steht ohnehin unter dem Vorbehalt der BT-Wahl.
- Wir werden die Abrufmöglichkeit von Teilbeträgen vorsehen.

„Eigenleistungen und Leistungen von Tochterunternehmen nicht förderfähig“

Von der Förderung ausgeschlossen sind nach derzeitigem Stand der Förderrichtlinie: Leistungen von Leistungserbringern, welche mit dem antragstellenden Verlag verbundene Unternehmen sind oder zu denen Geschäftsbeziehungen in Form von beispielsweise Tochterunternehmen bestehen sowie Eigenleistungen des Antragstellers (insb. Personalausgaben für Eigenentwicklungen).

BDZV schrieb dazu am 15.03.2021 an BM:

*„Darüber hinaus sind die vom BMWi als unproblematisch eingestuften Verwendungsbeispiele viel zu eng angelegt. **Um die Digitalisierung voranzutreiben, haben viele Verlage in den letzten Jahren bereits intensiv in eigene oder gemeinschaftliche Unternehmen oder eigene Einheiten investiert, die für die Entwicklung von digitalen Produkten und IT-Dienstleistungen – auch verlagsübergreifend – zuständig sind. Genau diese sinnvolle und zukunftsgerichtete Entwicklung und Kooperation wird aber in der vorgesehenen Förderrichtlinie konterkariert:** Projekte und Leistungen von verlagseigenen IT-Dienstleistern oder Gemeinschaftsunternehmen oder eigenen Einheiten sollen nach den Vorstellungen des BMWi nicht förderfähig sein.“*

BVDA fragt in seinem Katalog vom 19.03.2021:

*„**Können Personalkosten oder Leistungen von verbundenen Unternehmen bezuschusst oder innerhalb des Eigenanteils von 55 Prozent der Investitionskosten angerechnet werden? (...)** Ein Ausschluss von Personalkosten ist in zweifacher Hinsicht **problematisch**. Erstens sollte innerhalb der Verlage die notwendige Expertise geschaffen und gehalten werden können. Zweitens ist auch immer ein eigener Personaleinsatz notwendig, um Projekte zu begleiten, der Kosten verursacht. **Ebenso ist es nicht sinnvoll verbundene Unternehmen von der Förderung auszuschließen.** Insbesondere größere Medienhäuser sollten ihre Digital-Units vor Ort einbeziehen können, da diese das Unternehmen am besten kennen und diese über den Projektzeitraum hinaus weiter betreuen.“*

- Derzeitige Formulierung sind **BMWi-Standardklauseln** in Richtlinien, etwa zur **Verhinderung von Missbrauch**.
- **Beauftragung von Tochterunternehmen/verbundenen Unternehmen als Dienstleister werden wir aber prüfen.** Hier müssen wir **BMF** aber wohl „mitnehmen“.

- Vom Leistungsempfänger müssten dann aber **ggf. wettbewerbliche „Vergabeverfahren“ durchgeführt** werden (insbesondere bei Aufträgen über 100.000 EUR ohne USt), damit sichergestellt ist, dass die vom Tochterunternehmen aufgerufenen Kosten marktgerecht sind; („**Missbrauchsgefahr**“).
- **Leistungen von eigenem (bereits beschäftigtem) Personal können nicht gefördert werden**, da es unmöglich ist, dies mit vertretbarem Aufwand administrativ zu begleiten („**Stundenzettel-Problematik**“); außerdem HH-rechtlicher Grund: „**Mitnahmeeffekte vermeiden**“

„Wer ist Antragsteller?“

BDZV schrieb am 15.03.2021 an BM:

*„Wer ist Antragsteller? **Jeder einzelne Verlag oder auch eine Verlagsgruppe für ihre Verlagstöchter/-beteiligungen?** Wenn mit der Förderung z.B. ein neues Redaktionssystem angeschafft werden soll, **macht das nur für die ganze Verlagsgruppe Sinn.** Anderenfalls müsste jeder Einzelverlag denselben Antrag (evtl. mit einer Teilsumme) stellen, was offenkundig unsinnig wäre.“*

BVDA fragt in seinem Katalog vom 19.03.2021:

„Können die Mittel bei Medienhäusern mit Anzeigenblättern und Tageszeitungen für konzernübergreifende Projekte genutzt werden oder ist die Verwendung der auflagenbezogenen Mittel jeweils gattungsbezogen? Wäre es Verlagsgruppen z.B. möglich Projekte auf alle hauseigenen Zeitungen und Anzeigenblätter auszurollen?“

- Die Frage, wer Antragsteller ist, werden wir mit dem BAFA noch einmal prüfen.
- Es macht in der Tat Sinn, konzern- und gattungsübergreifende Projekte in die Förderung einzubeziehen.

**„Weitere Einzelfragen“
(übermittelte Fragenkataloge BDZV/BVDA)**

BDZV und BVDA hatten in der 11. KW (letzte Woche) zahlreiche Einzelfragen in Katalogform übermittelt. Dies war in Absprache mit VI A 3 geschehen.

- Wir haben die **Kataloge dem BAFA übermittelt** und werden mit dem dort eingerichteten **Aufbaustab beraten, ob und ggf. wie** Ihre **Hinweise** praktisch **umgesetzt werden können**.
- Wir planen gemeinsam mit dem BAFA eine **Info-Veranstaltung**, in der wir die Fragen möglichst umfassend beantworten wollen.